

Antrag

der Fraktion der SPD

der Fraktion DIE LINKE

Vorbereitung auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 – wirksame Schritte hin zu einem gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarkt an Oder und Neiße

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Die Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus acht der zehn 2004 der Europäischen Union beigetretenen Staaten - darunter auch Brandenburgs unmittelbarer Nachbar, die Republik Polen - war aufgrund der Arbeitsmarktsituation in Deutschland und vor allem dadurch, dass die Bundesrepublik es verabsäumt hat, hinreichende nationale Regelungen gegen Lohndumping und ruinösen Lohnwettbewerb einzuführen, letztendlich unumgänglich.

Um den mit einer vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit einhergehenden Druck auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land zu vermeiden, um Lohndumping zu verhindern und eine wirtschaftlich faire wie sozial gerechte Wettbewerbssituation zu schaffen, müssen soziale Mindeststandards eingeführt werden.

Mittelfristig hat die Landespolitik - gemeinsam mit Sozialpartnern, Verbänden, Kammern, Kommunen und weiteren Partnern - die Bedingungen für einen gemeinsamen Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialraum an Oder und Neiße zu schaffen, der Deutschen wie Polen eine Zukunft hier in der Region gibt.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Interesse einer wirtschaftlich fairen und sozial gerechten Wettbewerbssituation weiterhin für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf weitere Branchen einzusetzen. Spätestens zum Eintritt der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 ist die soziale Absicherung durch einen gesetzlichen Mindestlohn zu fordern, da sie sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer vorteilhaft gestaltet werden kann.

3. Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag zu den Landtagssitzungen im ersten Quartal 2011 einen Bericht vorzulegen. In einer Bestandsanalyse und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen soll dargestellt werden:

- wie die Situation auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt nach dem 1. Mai 2011 unter Berücksichtigung der Arbeitnehmerfreizügigkeit voraussichtlich sein wird;
- welche Vor- und Nachteile für den Brandenburger Wirtschafts- und Arbeitsraum daraus entstehen können;
- welche grundlegenden Rahmenbedingungen für die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit auf Bundesebene und auf Landesebene bereits geschaffen wurden und ggf. noch zu schaffen sind;
- wie die Landesregierung den Kampf gegen Schwarzarbeit in unserem Land einschätzt und welche weiteren Handlungsnotwendigkeiten sie diesbezüglich sieht;
- welche Abstimmungen es mit den Nachbarwoiwodschaften in Westpolen und Berlin gegeben hat, um den Berlin-Brandenburger Wirtschafts- und Arbeitsraum stärker mit Westpolen zu verzahnen und auf diese Weise neue Arbeitsmöglichkeiten für Brandenburgerinnen und Brandenburger zu schaffen;
- welche Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten es im Bereich der Qualifizierung von Brandenburger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für einen gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarkt gibt und was die Landesregierung, vor allem im Bereich der Vermittlung der erforderlichen Kenntnisse der polnischen Sprache und notwendiger interkultureller Erfahrungen an Schulen und im Bereich der Erwachsenenqualifizierung, konkret zu tun beabsichtigt;
- welche Notwendigkeiten die Landesregierung sieht, um – in Abstimmung mit den Gewerkschaften, den zuständigen Behörden (u.a. Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit, Finanzkontrolle Schwarzarbeit), und Institutionen (u.a. Sozialkasse des Baugewerbes) – ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere die aus den 2004 beigetretenen Staaten, über die in Deutschland/ Brandenburg geltenden sozialen Standards und ihre diesbezüglichen Schutzrechte zu informieren und zu beraten, so wie es z.B. bei der Beratung über die in Polen bzw. Deutschland geltenden Verbraucherrechte seit einiger Zeit praktiziert wird;
- wie die Landesregierung die Öffentlichkeit in Brandenburg im Vorfeld der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit informieren will.

Begründung:

Die Osterweiterungen der Europäischen Union am 1. Mai 2004 und am 1. Januar 2007 waren wichtige Schritte hin zu einem ungeteilten Europa. Landtag und Landesregierung haben insbesondere den Beitritt der Republik Polen mit Nachdruck unterstützt.

Nach dem Beitritt Polens und anderer Länder zur Europäischen Union im Jahr 2004 wird am 1. Mai 2011 mit der vollen Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien sowie Ungarn ein weiterer Schritt zur Integration der neuen Mitgliedstaaten in die Staatengemeinschaft greifen. Die von Deutschland für sieben Jahre genutzten Übergangsregelungen zur Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die so genannte 2+3+2 - Regelung, laufen aus. Arbeitgeberverbände, Wirtschaftskammern, der DGB und Vertreter der brandenburgischen Grenzstädte haben die Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit schon zu einem früheren Zeitpunkt gefordert.

Angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit in Brandenburg ist absehbar, dass im Vorfeld des 1. Mai 2011 in der Bevölkerung Befürchtungen artikuliert werden. Bereits im Landtagswahlkampf 2004 hatten rechtsextreme Parteien und Gruppierungen versucht, vor diesem Hintergrund antieuropäische Stimmungen zu bedienen.

Landtag und Landesregierung müssen sich dieser Situation gemeinsam stellen. Die Politik muss die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, zugleich aber deutlich machen, welche Chancen sich gerade für unser Land durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ergeben und was die Landespolitik vor diesem Hintergrund konkret tun muss.

Zu diesen Aufgaben gehört die schrittweise Schaffung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion Berlin-Brandenburg/ Westpolen. Das Zusammenwachsen und die Nutzung der Potentiale durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit setzen gewisse Rahmenbedingungen voraus, die eine soziale und institutionelle Absicherung schaffen.

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE